

Stärkere Pflegesteuerungsfunktion in den Kommunen

Nach dem derzeitigen Stand der politischen Diskussionen, sollen die Kommunen zukünftig eine stärkere Steuerungsfunktion in der Organisation der Pflege einnehmen. Zu diesem Schluss kommt auch ein Gutachten des Instituts für Gesundheits- und Sozialforschung (Iges) zur kommunalen Pflegeplanung, das am 17.07.2025 veröffentlicht wurde. Die Wissenschaftler monieren in ihrem Bericht, dass es in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedliche Vorgaben im Bereich Pflege gebe. Danach werden bereits in den Kommunen bestehende Regelungen sehr variabel umgesetzt. „Wir brauchen bundesweit verbindliche kommunale Pflegestrukturplanungen“, forderte die Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung, Katrin Staffler. Diese Forderungen unterstützt auch der Seniorenbeirat der Stadt Neu-Anspach. Das Iges-Gutachten war bereits im vergangenen Jahr vom damaligen Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach in Auftrag gegeben worden. Der SPD-Politiker hatte im Sommer 2024 eine Pflegereform angekündigt, jedoch bis zum Ampel-Bruch im Herbst kein Konzept vorgelegt.

In der Pflegeversicherung gibt es bislang keine verbindliche kommunale Bedarfsplanung als Voraussetzung für Versorgungsverträge und zur Investitionskostenfinanzierung. „Das muss sich ändern“, betont der Pressesprecher Harry Euler. Angesichts des demografischen Wandels und der Finanznot der sozialen Pflegeversicherung hat sich die schwarz-rote Koalition auf eine Pflegereform verständigt. Eine Bund-Länderkommission hat dazu im Juli ihre Arbeit aufgenommen und wird Konzeptvorschläge vorbereiten.

Nach dem Iges-Gutachten sollen die Kommunen eine wichtige Rolle in der Gestaltung von Versorgungsstrukturen spielen. Dennoch hätten beispielsweise 40 Prozent aller Kreise in Bayern im Jahr 2020 keine aktuelle Pflegeplanung gehabt. Andererseits hätten die Kommunen nicht die nötige Steuerungskompetenz wegen der geteilten Zuständigkeiten von Ländern, Kommunen, Pflegeeinrichtungen und Pflegekassen. Die Wissenschaftler fordern mehr Gestaltungsmöglichkeiten und Ressourcen für die Kommunen, konkretere Vorgaben zu den Pflegeplanungen durch die Länder und eine bessere Verfügbarkeit von Daten der Kranken- und Pflegekassen für die Planung. Es ist sinnvoll, dass Wer plant auch die Planungen umsetzt, so Euler. Für die Umsetzung braucht es kommunale Steuerungsmöglichkeiten,

ist der Seniorenbeirat überzeugt. Mögliche Instrumente seien etwa Case-Manager als Organisatoren vor Ort oder die Beteiligung der Kommunen beim Abschluss von Versorgungsverträgen.

Auch im AOK-Pflege-Report 2024 wird der Stellenwert der Kommunen für eine passgenaue Pflegestrukturplanung betont. Lokale Strukturen, in denen Nachbarschaftshilfe, freiwilliges Engagement und professionelle Dienste zusammenfließen, sollten zukünftig stärker bei den bundes-, landes- und kommunalpolitischen Entscheidungsfindungen berücksichtigt werden und ein Mitspracherecht der ehrenamtlich tätigen Menschen und betroffenen Menschen ermöglichen.